

Vorfahrt für Kinder beim Impfgipfel

VON ANTJE HÖNING

Armin Laschet hatte versprochen, dass Schulen bei der Corona-Bekämpfung als Erstes wieder geöffnet werden. Die Realität sieht anders aus. Im Frühjahr 2020 öffneten die Möbelhäuser vor den Schulhäusern, nun sind es die Gasthäuser. Während die Außengastronomie wieder voll ist, hängen Millionen Schüler weiter im Homeschooling fest. Auch wenn es nächste Woche mit dem Präsenzunterricht losgeht, verrät die Priorisierung der Öffnungen doch viel über den Stellenwert von Kindern in NRW. Umso wichtiger ist es, dass Kanzlerin und Ministerpräsidenten beim Impfgipfel ein klares Zeichen für Kinder setzen: Es wäre schwer erträglich, wenn vollständig geimpfte 70-Jährige bereits auf Kreuzfahrt gehen, den Kindern aber mangels Schulausstattung (wie Lüftungsgeräten) und mangels Impfung immer wieder der Wechsel ins Homeschooling droht.

Zu einem klaren Zeichen gehört als erstes Ehrlichkeit: Wer den Eindruck vermittelt, dass bis August alle Schüler durch sind, weckt wieder mal falsche Erwartungen. Das geben die Lieferprognosen nicht her, zumal Schüler zunächst auf den Impfstoff von Biontech angewiesen sind. Daher muss Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auch sagen, woher er denn die Dosen nimmt, die er jetzt für Schüler reservieren will. Er muss sie schon zusätzlich bereitstellen und darf sie nicht den Ländern an anderer Stelle abzwacken. Zum klaren Zeichen gehört auch, dass die Länder jetzt Konzepte vorlegen, wann es wie losgeht – und nicht warten, bis die Zulassung des Kinder-Vakzins kommt. Und zu einem klaren Zeichen gehört die Zusage, dass es beim Impfen der Schüler keine indirekte Impfpflicht geben wird. Die Politik hat Freiwilligkeit versprochen, sie muss Wort halten – und Eltern überzeugen, dass sie ihren Kindern am besten mit einer Impfung die Rückkehr ins normale Leben ermöglichen.

BERICHT KINDERÄRZTE GEGEN INDIREKTE IMPFPFLICHT, TITELSEITE

Das politische Kalkül der Immobilienriesen

VON GEORG WINTERS

Wenn der eine Dax-Konzern die Mehrheit an einem anderen übernehmen will, redet man von Großfusion und denkt unwillkürlich, ob Wettbewerbshüter da keine Einwände haben könnten. Im Fall von Vonovia und Deutsche Wohnen ist die Gefahr begrenzt. Beide zusammen kommen bei den Mietwohnungen nicht einmal auf drei Prozent Marktanteil.

Das ist auch in Berlin nicht viel anders, und doch tun sich in der Hauptstadt womöglich die größten Hürden auf. Das Verfassungsgericht mag den Mietendeckel gekippt haben, aber damit ist erstens die politische Diskussion um dieses Thema nicht erstickt und zweitens auch die Enteignungsinitiative nicht gestoppt, durch die Konzerne mit mehr als 3000 Wohnungen gezwungen werden sollen, den Überlauf an den Senat zu verkaufen. Solche Bestrebungen sind marktwirtschaftlich Unsinn, doch ist ihr Erfolg wegen der politischen Konstellation in Berlin und der Ungewissheit um den Ausgang der Bundestagswahl nicht auszuschließen. Insofern ist die Bereitschaft der Konzerne, Mieterhöhungen unterhalb der Inflationsrate zu belassen und 20.000 Wohnungen an die öffentliche Hand zu verkaufen, auch der Versuch, die erhitzten Gemüter abzukühlen. Ein politischer Schachzug des Managements in Abstimmung mit der politischen Führung in Berlin.

Die Lage dort trägt also ihren Teil bei zu einem Bündnis, das Deutsche Wohnen noch vor einem Jahr als strategisch nicht sinnvoll bezeichnete. Dabei ist an der betriebswirtschaftlichen Logik nicht zu zweifeln. In der Wohnungswirtschaft ist Größe ein maßgebliches Kriterium, weil bei der Bewirtschaftung deutlich Kosten gespart und damit entsprechende Synergieeffekte erzielt werden können. Den Segen vieler Aktionäre dürften die Immobilienriesen auf jeden Fall sicher haben.

BERICHT DIE IMMOBILIEN-FUSION UND IHRE FOLGEN, WIRTSCHAFT

Impressum RP



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

GASTBEITRAG Im Nahen Osten wird der Krieg weitergehen, bis die politischen Ursachen für den Konflikt ausgeräumt sind. Grundlage ist, dass Palästinenser und Israelis das Existenzrecht der Gegenseite anerkennen.

Kein Frieden ohne Respekt

VON RAFAEL SELIGMANN

Gibt der jüngste Waffenstillstand im Heiligen Land Anlass zur Hoffnung auf Frieden? Nur, wenn man die Ursache des Nahost-Konflikts benennt und sie beseitigt, statt drumherum zu reden. Es ist die fehlende Bereitschaft von Palästinensern und Israelis, die staatliche Existenz der Gegenseite anzuerkennen. Da dies nicht geschieht, eskaliert die Auseinandersetzung seit einem dreiviertel Jahrhundert. Während die meisten arabischen Staaten und Israel sich unterdessen arrangieren,

Im Gaza-Streifen herrschte Jubel, obwohl bei den israelischen Angriffen 240 Menschen starben

geschlossen haben, verweigern die Palästinenser beharrlich diesen Schritt. Sie werden in ihrer Haltung von den Vereinten Nationen und indirekt auch von der EU unterstützt. Die Negierung von Israels Daseinsberechtigung durch die palästinensische Bevölkerung und ihre politische Führung ist absurd. Denn den Staat Israel gibt es seit 1948, ein unabhängiger Staat Palästina dagegen hat nie existiert. Seit 1967 hält Zion das palästinensische Westjordanland sowie den Gaza-Streifen besetzt. Das arabische Ostjerusalem hat Israel annektiert. Im Westjordanland siedeln Hunderttausende Juden. Dies wird weitergehen, solange keine Einigung zustande kommt. Die Triebfeder des Zwists aber bleibt das starre Bestreben der Palästinenser, Israel zu beseitigen. Der Preis ist ein Dasein in unwürdigen Bedingungen.

Am Ende der jüngsten militärischen Auseinandersetzungen war auf den Straßen ein symbolträchtiges Bild sichtbar: Im Gaza-Streifen herrschte Jubel, obgleich infolge der israelischen Angriffe 240 Menschen umkamen und große Zerstörungen angerichtet wurden. In Israel dagegen war Betroffenheit sichtbar – hier starben bei Raketenangriffen ein Dutzend Männer und Frauen.

Bilder sagen mehr als wortreiche Erklärungen. Die Impressionen weisen auf die langfristigen Ursachen der Auseinandersetzung hin und damit auf die Möglichkeit, den Konflikt beizulegen. Die Leidensbereitschaft der Palästinenser geht einher mit ihrer Tendenz, die Wirklichkeit auszublenden. Das ist der Kernpunkt: Ein Krieg lässt sich nur belegen, wenn dessen politische Ursache beseitigt wird. Nicht nur im Nahen Osten. So konnte die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs beigelegt werden, als beide Völker erkennen mussten, dass eine Weiterführung des Konflikts sie ausbluten würde. Eine entscheidende Rolle spielten die USA, die im Kalten Krieg ein einheitliches Westeuropa gegen die Sowjetunion benötigten.

Die Feindschaft im Heiligen Land ist Ergebnis einer historischen Fehlentwicklung. 1947 beschloss die UN-Vollversammlung die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat sowie die Internationalisierung Jerusalems. Die Zionisten stimmten zu, die arabischen Länder und die Palästinenser lehnten ab. Unmittelbar nach Israels Proklamation im Mai 1948 marschierten die arabischen Armeen und palästinensische Verbände in Israel ein. Nach dem Krieg unterzeichneten die arabischen Länder und Israel 1949 ein Waffenstillstandsabkommen. Am härtesten betroffen waren die Palästinenser: Etwa 600.000 Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben oder flüchteten. Zudem annektierte Jordanien das Westjordanland, Ägypten faktisch den Gaza-Streifen.

Während das Hilfswerk der Vereinten Nationen zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge 1949 seine Arbeit aufnahm, starteten palästinensische Verbände mit Unterstützung Ägyptens einen Untergrund-Krieg, der sich vorwiegend gegen die israelische

INFO

Seligman ist Träger des Bundesverdienstkreuzes

Autor Rafael Seligmann lehrte politische Wissenschaften an der Universität München. Er ist Schriftsteller, Journalist und seit 8. Mai dieses Jahres auch Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Zuletzt verfasste er die Biografie seiner Eltern: „Hannah und Ludwig. Heimatlos in Tel Aviv, Langenmüller-Verlag.“

Aktuell Bei einer Razzia im Westjordanland ist in der Nacht zum Dienstag ein junger Palästinenser getötet worden. Nach palästinensischen Angaben wurde der Mann von israelischen Sicherheitskräften erschossen, während er in einem Fahrzeug unterwegs war. Ein israelischer Sprecher sagte, bei der versuchten Festnahme von „Terroraktivisten“ in Ramallah sei einer der Helfershelfer durch Schüsse einer Spezialeinheit der Polizei getötet worden.

Zuvor Bei der Messerattacke eines Palästinensers in Jerusalem waren am Montag zwei Israelis verletzt worden, darunter ein Soldat. Der Angreifer wurde erschossen. Der Angriff ereignete sich unweit des umstrittenen Viertels Scheich Dscharrh in Ost-Jerusalem. Drohende Zwangsrumrungen palästinensischer Familien in dem Viertel galten als einer der Auslöser der jüngsten Eskalation.



Rafael Seligmann
FOTO: DPA

Zivilbevölkerung richtete. Dieser wurde unter dem Chef der PLO, Yassir Arafat, intensiviert. Als die arabischen Staaten Ende der 70er allmählich begannen, ihren Frieden mit Israel zu machen, trugen Arafats Guerilleros ihren Kampf in die gesamte Region. Ihre wichtigsten Unterstützer wurden die Sowjetunion, Kuba, auch die DDR, Libyen und der Irak. Erst nach dem Sturz dieser Diktaturen sah sich Arafat 1993 zum Oslo-Abkommen veranlasst, das palästinensische Autonomie gegen die Anerkennung Israels vorsah. Arafat liebte weiter mit bewaffnetem Kampf.

Die Zeit ging schließlich über Arafat hinweg. Um die Jahrtausendwende übernahmen die islamistischen Hamas und Islamischer Dschihad die Führung im Kampf gegen Israel. Ihr unverhandelbares Ziel ist die Zerstörung des jüdischen Staates. Die Haltung blieb unverändert, als Israel 2000 und fünf Jahre später den Rückzug aus allen palästinensischen Gebieten anbot. Hamas und Islamischer Dschihad werden militärisch von Iran unterstützt. Die Hilfe Katars ist politisch-materiell.

Der jüngste Raketenbeschuss aus Gaza hat Israels Verwundbarkeit demonstriert, vor allem aber war er ein Signal an die arabische Bevölkerung im Westjordanland und in Israel. Die palästinensischen Landsleute sollten die militärische Impotenz der PLO-Führung in Ramallah vor Augen erleben und sehen, dass lediglich die Hamas für ihre Interessen kämpft. Derweil wissen die Islamisten die Bevölkerung von UN und EU mit Milliardenzahlungen versorgt. Hauptfinanzier ist Deutschland. Der Flüchtlingsstatus wird derweil in die vierte Generation vererbt.

Die Chance auf einen Kompromissfrieden im Heiligen Land kann sich erst ergeben, wenn die Palästinenser bereit sind, grundsätzlich die Existenz Israels anzuerkennen. Solange die EU sich auf Friedensappelle beschränkt statt auf ein politisch-strategisches Friedensziel zu dringen, stärkt sie die Islamisten. Die Waffen liefert derweil der Iran.

WISENSDRANG

Begriffe aus den Bereichen Medizin und Psychologie wie „Sucht“, „psychische Störung“, „Trauma“, „Depression“ umfassen heute ein viel breiteres Spektrum von Phänomenen als noch vor einigen Jahrzehnten. Diese Dehnung der Begriffe hat sich allerdings so langsam vollzogen, dass wir sie oft gar nicht bemerken beziehungsweise für eine Veränderung der Wirklichkeit halten: Der Bereich des Normalen und des moralisch Erlaubten schrumpft bei manchen Themen unheimlicher Weise immer mehr, der des Anormalen, medizinisch zu Kurierenden oder moralisch Verbotenen scheint hingegen zu wachsen. So bezog sich der Begriff Trauma früher auf eine organische Störung oder Verletzung des Gehirns, die durch ein äußeres Ereignis hervor-

Wir sehen uns schnell als Opfer

Der Bedeutungswandel von Begriffen wie Trauma prägt unser Selbstverständnis.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

gerufen wurde, wie etwa das „Schleudertrauma“. Nach und nach wurden dann immer mehr psychologische Belastungen als traumatisch bezeichnet, auch das „gewöhnliche menschliche Elend“ wie Ehekrisen, Jobverluste, verpatzte Prüfungen. Oder der Begriff Depression: Neuere, rein symptomatische Methoden zur Diagnose von Depression anhand von Merkmalen wie Schlaflosigkeit, Traurigkeit und so weiter führen dazu, dass ganz normale Reaktionen in Lebenskrisen als etwas Psychopathologisches diagnostiziert werden. Früher schloss das engere traditionelle Verständnis von Depression als „Traurigkeit ohne Ursache“ eine solche Verwechslung noch aus. Solche begrifflichen Veränderungen beeinflussen unser Selbstverständnis,

unser Erleben und schaffen neue Realitäten. Die Folgewirkung: Unangenehme Erfahrungen werden als Verletzungen der eigenen Psyche interpretiert, vor denen man geschützt werden muss und die der Heilung bedürfen. Menschen verstehen sich zu einem viel höheren Maße als früher als Opfer, die wähen, ihr Leben in seinen auch negativen Seiten nicht mehr selbständig ohne therapeutische Hilfe gestalten zu können, sondern dazu auf die Medizin, Psychologie oder staatliche Hilfeleistungen angewiesen zu sein. Für die Medizin zählt sich das aus. Auch für uns?

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.